

Bericht

SMART AND INTELLIGENT ENERGY PACKAGE

ERSTANALYSE

30. NOVEMBER 2016

Umfang des Pakets

- A. Proposal for a regulation on the Governance of the Energy Union [COM(2016)759]
- B. Proposal for a revised electricity Directive [COM(2016)864]
- C. Proposal for a revised electricity regulation [COM(2016)861]
- D. Proposal for a revised regulation on a European Agency for the Cooperation of Energy Regulators (ACER) [COM(2016)863]
- E. Proposal for a new regulation on risk preparedness in the electricity sector [COM(2016)]
- F. Proposal for a revised renewable energy Directive [COM(2016)767]
- G. Proposal for a revised energy efficiency Directive [COM(2016)761]

A. Verordnung Governance

Die Abstimmung nationaler Energiepolitiken untereinander und aus europäischer Perspektive zu stärken, ist ein wesentliches Anliegen der Europäischen Kommission im Rahmen der Schaffung einer Energieunion. Mit dieser Verordnung sollen sämtliche Berichtspflichten im Energiebereich gebündelt werden.

1. Kapitel: Generelle Regelungen

Das Thema und der Umfang des Rechtsaktes werden definiert; beispielsweise die Einführung der zum Erreichen der Ziele der Energieunion notwendigen Governance-Mechanismen, insbesondere hinsichtlich der Reduktion der Treibhausgasemissionen, erneuerbarer Energie und Energieeffizienz. Sichergestellt werden soll auch die Kompatibilität mit internationalen Berichtspflichten (UNFCCC).

2. Kapitel: Integrierte nationale Klima- und Energiestrategien

Die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, bis zum 01.01.2019 (Entwürfe bis 01.01.2018) nationale Klima- und Energiestrategien für den Zeitraum 2021 bis 2030 sowie für die folgenden 10-Jahres-Perioden zu erstellen. Grundlage ist ein Template (in Anhang I spezifiziert), das die Europäische Kommission im Rahmen der Komitologie anpassen kann. Zudem wird ein Konsultationsprozess zwischen Kommission und Mitgliedstaaten zu den Entwürfen der nationalen Klima- und Energiestrategien eingeführt. Die nationalen Klima- und Energiestrategien sind auf regionaler Ebene abzustimmen.

3. Kapitel: Langzeitstrategien

Die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, beginnend mit dem Jahr 2020, Langzeitstrategien (50 Jahre) vorzubereiten und der Kommission vorzulegen.

4. Kapitel: Integrierte Berichterstattung

Die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, ab 2021 alle zwei Jahre einen Bericht über den Fortschritt der Implementierung der Klima- und Energiestrategie vorzulegen. Weiters wird spezifiziert, welche Berichte jährlich vorzulegen sind. Die EK wird hierzu eine E-Reporting-Plattform einrichten.

5. Kapitel: Aggregierte Beurteilung der nationalen Strategien und der Zielerreichung auf EU-Ebene - Monitoring durch die Kommission

Es werden das notwendige Monitoring und die Beurteilung durch die Kommission geregelt. Zudem hat die Kommission das Recht, Empfehlungen zur Verbesserung der nationalen Pläne bzw. deren Implementation abzugeben, um die bereits gesetzten Ziele zu erreichen. Die Mitgliedstaaten sollen diese Empfehlungen im höchsten Maße berücksichtigen. Ist ein Verfehlen der Ziele absehbar, sind bei RES zuerst die Mitgliedstaaten, bei Energieeffizienz die EK selbst, aufgerufen zusätzliche Maßnahmen vorzusehen.

6. Kapitel: Nationale und europäische Systeme zur Reduktion der Treibhausgasemissionen

In Umsetzung internationaler Verpflichtungen werden die Voraussetzungen für die Inventarsysteme auf nationaler und europäischer Ebene festgelegt. Aus demselben Grund werden Systeme für das Regelwerk, Maßnahmen und Prognosen, die der zeitgerechten und konsistenten Berichterstattung dienen, eingerichtet.

7. Kapitel: Kooperation und Unterstützung

Es werden Mechanismen und Grundsätze der Kooperation und Unterstützung zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Union geschaffen. Zudem wird die Rolle der europäischen Umweltagentur, welche die Kommission beim Monitoring und der Berichterstattung unterstützen soll, geregelt.

8. Kapitel: Delegation

Der Kommission wird die Ermächtigung erteilt, unter den angeführten Bedingungen delegierte Rechtsakte zu erlassen.

9. Kapitel: Schlussbestimmungen

Hier sind unter anderem die Regelung zum Inkrafttreten sowie Übergangsbestimmungen zu finden. Weiters wird eine Überprüfung des Rechtsaktes für das Jahr 2026 festgesetzt. Zur Unterstützung der EK soll ein eigenes Komitee eingerichtet werden – Energy Union Governance Committee.

Ersteinschätzung Oesterreichs Energie:

- Integrierte Berichterstattung wird begrüßt, wobei Einfachheit und Vermeidung grundlegende Prinzipien darstellen sollen
- Der VO-Entwurf enthält zahlreiche Möglichkeiten für delegierte Rechtsakte
- Derzeit kann noch nicht abgeschätzt werden, was die Nachjustierung bei Nicht-Zielerreichung bedeutet (z.B. bei welchen Mitgliedstaaten wird nachgebessert).
- Governance ist im Zusammenhang mit Zielvorgaben zu sehen (verpflichtende/indikative Ziele)

Gremien bei Oesterreichs Energie

AK Erzeugungsstrategie und Klimapolitik
AK Endenergieeffizienz
AK Wind und Photovoltaik
AK Grenzüberschreitender Stromhandel
AK Elektromobilität
EP Stromstrategie

B. Strombinnenmarktrichtlinie

- Im Mittelpunkt steht der **Verbraucher** (Art. 3 – 28):
 - Konzepte für Energiearmut auf Ebene der Mitgliedstaaten (Art. 5, Art. 29)
 - Recht auf dynamische Preise (Art. 11)
 - Recht zum Versorgerwechsel; Festlegung der betreffenden Kosten für den Verbraucher (Art. 12)
 - Zertifizierte Vergleichstools (Art. 14)
 - Neue Definition zu „aktiver Verbraucher“ (Art. 15) sowie zu „lokaler Energiegemeinschaft“ (Art. 16), die sich an der Energieproduktion, -distribution, -aggregation sowie -speicherung beteiligen können
 - Möglichkeit für Demand Response, Eigenerzeugung, -verbrauch (Art. 17)
 - Keine Diskriminierung von Aggregatoren bei der Bereitstellung von DR; Aggregatoren benötigen für den Markteintritt nicht die Zustimmung anderer Marktteilnehmer; Aggregatoren sind nicht zu Ausgleichszahlungen an Vertriebe oder Erzeuger verpflichtet (Mitgliedstaaten können Ausnahmen vorsehen) (Art. 17)
 - Leichter verständliche Stromrechnungen, transparente Rechnungsinformation (Art. 18)
 - Recht auf Smart Meter mit entsprechen festgelegten Funktionalitäten (Art. 21)
 - Den Verbrauchern soll erleichtert werden, ihre Daten mit Versorgern und Dienstleistern zu teilen, indem die Rolle der für das Datenmanagement verantwortlichen Parteien geklärt und ein von der Kommission zu entwickelndes, europaweites Datenformat eingeführt wird (Art. 23)
- **Verteilnetz** (Art. 30 – 38):
 - Klarstellung der Aufgaben der DSO, insbesondere hinsichtlich der Vergabe von Aufträgen für Netzdienste zur Sicherstellung der Flexibilität, der Integration von Elektrofahrzeugen sowie Datenmanagement (Art. 31, 32, 34)
 - Rolle der DSO in Bezug auf Speicherung und Ladestationen für Elektrofahrzeuge klargestellt (Art. 33).
 - DSO sollen grundsätzlich keine Speicher besitzen und betreiben können, wobei Mitgliedstaaten Ausnahmen vorsehen können, wenn diese den in der Richtlinie festgelegten Bedingungen entsprechen (Art. 36)
- **Übertragungsnetzbetreiber** (Art. 40 ff):
 - Aufgaben der TSO (auch in Hinblick auf die neuen Regional Operational Centers – ROCs) (Art. 40)
 - Unbundling-Vorschriften des dritten Binnenmarktpakets bleiben größtenteils unverändert (Art. 50, 51)

- Vorschriften für Ancillary Services und das Eigentum an Speichern: TSO sollen grundsätzlich keine Speicher besitzen und betreiben können, wobei Mitgliedstaaten unter in der Richtlinie verankerten Bedingungen Ausnahmen vorsehen können, die bei ACER und der Europäischen Kommission notifiziert werden müssen (Art. 54)
- Aufgaben der regionalen Regulierungsbehörden in Bezug auf die neuen regionalen Koordinationszentren (Regional Operational Centers - ROCs) (Art. 62)

Ersteinschätzung Oesterreichs Energie:

- Auswirkung der Vorschriften für Aggregatoren, dynamische Tarife, Vorgaben für die Rechnung und die Rechnungsinformation sind kritisch zu sehen
- Frage der Verantwortlichkeiten der ROCs (Regional Operational Centers)

Gremien bei Oesterreichs Energie

- LA Handel und Vertrieb
- AK Grenzüberschreitender Stromhandel
- EP XB Balancing
- LA Netze
- Ausschuss Regulierung
- Ausschuss Netztechnik und Versorgungssicherheit
- Ausschuss Informations- und Kommunikationstechnik Netz
- AK Elektromobilität

C. Verordnung zum Strommarkt

- **Elektrizitätsbinnenmarkt**
 - Grundsätze für die Regelung des Stromhandels innerhalb der verschiedenen Handels-Zeitrahmen (balancing, intraday, day-ahead und forward markets)
 - Grundsätze zur Preisbildung
 - Klarstellungen zu den Prinzipien der Balancing-Verantwortung (Art. 4)
 - Keine Balancing Verantwortung für RES- und hocheffiziente KWK-Anlagen mit installierter Leistung von weniger als 500 KW (bzw. ab 2026: weniger als 250 KW) (Art. 4).
 - Keine Preisobergrenzen für Großhandelspreise, außer Preisobergrenzen sind am Value of Lost Load festgesetzt (Art. 9)
 - Ausnahmen vom Ausschluss von Preisobergrenzen unter gewissen Voraussetzungen gemäß Art. 9, Abs. 2 möglich
 - Mitgliedstaaten setzen VoLL in €/MWh fest, melden diesen an die EK und veröffentlichen diesen; Aktualisierung alle fünf Jahre (Art. 10)
 - Grundsätzlich Abschaffung des Einspeisevorrangs für RES, ausgenommen für RES- und hocheffiziente KWK-Anlagen mit einer Leistung von weniger als 500 KW (ab 2026 weniger als 250 KW) bzw. Demonstrationsanlagen für neue Technologien (Art. 11)
 - Beträgt der Anteil der installierten Leistung, die in den Genuss von Einspeisevorrang kommen, mehr als 15 % in einem MS, sollen zusätzliche Anlagen diesen nur erhalten, wenn diese kleiner als 250 KW installierte Leistung sind (Art. 11)
 - Bereits vor Inkrafttreten dieser VO existierende bzw. kommissionierte RES- oder hocheffiziente KWK-Anlagen, die in den Genuss von Einspeisevorrang kamen,

können diesen weiterhin erhalten, es sei denn diese Anlagen werden signifikant modifiziert (Art. 11)

- Regelungen zu Redispatching and Curtailment (Art. 12)
- **Netzzugang und Engpassmanagement**
 - Prozess zur Definition von Preiszonen (Art. 13)
 - Preiszonen sollen keine strukturellen Engpässe enthalten (Art. 13)
 - Bidding Zone Review soll hinkünftig von ENTSO-E unter Beteiligung von ACER und relevanten Stakeholdern entworfen werden; Endentscheidung liegt bei EK (Art. 13)
 - Leitfaden zur Kapazitätsberechnung und zum Engpassmanagement (Art. 14)
- **Angemessenheit von Ressourcen**
 - Grundsätze und Verfahren für die Entwicklung eines europaweiten Systems zur Beurteilung der Angemessenheit von Ressourcen zur sicheren Energieversorgung (Art. 18,19)
 - MS müssen entsprechend den Ergebnissen der europäischen Analyse zur Ressourcenangemessenheit die Gründe für allfällige Probleme auf ihrem Hoheitsgebiet beseitigen, z.B. durch Speicherlösungen, Abschaffung von Preisobergrenzen etc. (Art. 18)
 - ENTSO-E führt die Ressourcenangemessenheitsanalyse durch (Art. 19), ACER genehmigt diese (Art. 22)
 - Grenzüberschreitende Teilnahme an Kapazitätsmechanismen (KM), strategische Reserve von dieser Verpflichtung ausgenommen (Art. 21)
 - Bedingungen für KM (u.a. Art. 23)
 - Abstimmung mit zumindest Nachbarländern, bevor KM eingeführt werden (Art. 23)
 - KM dürfen nicht zu Marktverzerrungen oder Behinderung des grenzüberschreitenden Handels führen (Art. 23)
 - Erzeugungskapazitäten für die nach Inkrafttreten der VO eine endgültige Investitionsentscheidung vorliegt, sollen nur dann an einem KM teilnehmen dürfen, wenn ihre Emissionen niedriger als 550 Gramm CO₂/kWh liegen. Erzeugungskapazitäten mit einem Ausstoß von 550 Gramm CO₂/kWh oder mehr sollen bis zu 5 Jahre nach Inkrafttreten dieser VO nicht an KM teilnehmen dürfen (Art. 23, Abs. 4)
 - Einführung von KM nur wenn europäische Ressourcenangemessenheitsanalyse diesbezüglich Bedarf ermittelt hat und keine gelindere Maßnahme nach Artikel 18 zum Ziel führt (Art. 23)
 - Bereits existierende KM müssen sich den neuen Regelungen anpassen (Art. 24)
- **Betrieb des Übertragungsnetzes**
 - Festlegung der Aufgaben und Pflichten von ENTSO-E (Art. 25 + 28)
 - ENTSO-E soll Aufgaben unabhängig von nationalen Interessen und den Interessen der nationalen TSOs wahrnehmen (Art. 25)
 - Monitoringaufgaben von ACER gegenüber ENTSO-E (Art. 29)
 - Errichtung, Aufgaben, Zusammenarbeit und Struktur der ROCs Regional Operational Centers auf TSO-Ebene (siehe hierzu auch die Anhänge der VO) (Art. 32 - 44)
 - Zu den Aufgaben der ROCs zählen u.a. koordinierte Kapazitätsberechnung, koordinierte Sicherheitsanalyse, Koordination der Ausfallsplanung etc. (Art. 34)
- **Betrieb des Verteilnetzes**

- Schaffung einer europäischen Organisation für DSOs: Einbindung in die Erstellung von NC; Zusammenarbeit DSOs/TSOs (Art. 49ff)
 - Nur DSOs, welche nicht Teil eines vertikal integrierten Unternehmens sind, oder welche vollständig unbündelt sind iSv Article 35 [recast der RL 2009/72/EC wie von der EK vorgeschlagen durch COM(2016) 864/2] können Teil des neuen Gremiums werden (Art. 49)
 - Aufgaben der „EU DSO entity“ sind u.a. Entwicklung von Demand Response, Datenmanagement, Datenschutz und Cyber Security, Erstellung von NC gemäß Art. 56 (Art. 51)
-
- **Netzkodizes**
 - Ausdehnung der Themengebiete der NC u.a. auf (Art. 55):
 - Tarifstruktur bei der Verteilung, Anschlussgebühren
 - Regeln für die Bereitstellung nicht frequenzbezogener Nebendienstleistungen
 - Demand Response, Speicherung, Aggregation und Regeln zur Beschränkung der Nachfrage
 - Regeln zu Cybersecurity
 - Regeln zur Beschränkung der Erzeugung und zum Redispatch von Erzeugung und Nachfrage
 - Regeln zu den ROCs

Ersteinschätzung Oesterreichs Energie:

- Bestrebung der EK, bei Kapazitätsmechanismen Verzerrungen zu vermeiden, werden begrüßt: Es soll keine weitere Fragmentierung des europäischen Strommarktes erfolgen; wenn die Einführung von Kapazitätsmechanismen erforderlich ist, dann ist eine grenzüberschreitende Ausgestaltung von entscheidender Bedeutung
- Kritisch zu sehen daher, dass strategische Reserve von der Verpflichtung der grenzüberschreitenden Beteiligung ausgenommen ist
- Frage der Verantwortlichkeiten der ROCs (Regional Operational Centers)
- Vertreter von kleinen und vertikal integrierten Unternehmen können sich nicht am DSO Body beteiligen
- Kritisch zu sehen ist, dass der Ansatz der EK, Netzgebühren für Erzeuger zu harmonisieren, deutlich abgeschwächt wurde (siehe Art. 58)

Gremien bei Oesterreichs Energie

- LA Handel und Vertrieb
- AK Grenzüberschreitender Stromhandel
- EP XB Balancing
- AK Marktdesign
- LA Erzeugung
- LA Netze
- Ausschuss Regulierung
- Ausschuss Netztechnik und Versorgungssicherheit
- Ausschuss Informations- und Kommunikationstechnik Netz

D. ACER-Verordnung

- Ausdehnung der Aufgaben auf die Bereiche Überwachung des Großhandelsmarktes und grenzüberschreitende Infrastruktur
- Mehr Verantwortung für ACER bei der Ausarbeitung und Vorlage der finalen Vorschläge der Netzkodizes an die Kommission
- Einführung eines regionalen Entscheidungsprozesses für gewisse Aufgaben, die nur eine begrenzte Anzahl regionaler Regulatoren betreffen

Ersteinschätzung Oesterreichs Energie:

- Zusätzliche regulatorische Aufsicht von ACER ist aus Sicht von Oesterreichs Energie nicht erforderlich

Gremien bei Oesterreichs Energie

- AK Grenzüberschreitender Stromhandel
- Ausschuss Regulierung

E. Versorgungssicherheitsverordnung Strom

- Gemeinsame Regeln zur Krisenprävention und Mittel zur Sicherstellung grenzüberschreitender Zusammenarbeit: Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, eine zuständige Behörde zu benennen (Art. 3) und einen Risikovorsorgeplan zu erstellen
- Risikountersuchung: ENTSO-E ist verpflichtet, eine Methodologie zur Identifikation von Krisenszenarien auf regionaler Ebene zu entwickeln (Kapitel II)
- Management von Strom-Krisensituationen:
 - Mitgliedstaaten müssen benachbarte Mitgliedstaaten sowie die Kommission ohne Verzögerung über bevorstehende oder bereits eingetretene Strom-Krisensituationen informieren (Art. 13)
 - Die Mitgliedstaaten sollen im Geiste der Solidarität kooperieren, um sich auf Strom-Krisensituationen vorzubereiten und diese zu bewältigen. Insbesondere soll Strom - gegen Kompensation - dahin geliefert werden, wo er benötigt wird (Art. 14)
 - Im Falle einer Strom-Krisensituation müssen die Mitgliedstaaten unter Einhaltung der Regeln des Elektrizitätsbinnenmarktes agieren. Nicht marktbasierte Instrumente können nur das letzte Mittel sein und müssen notwendig, verhältnismäßig, nicht-diskriminierend und zeitlich begrenzt sein (Art. 15)
- Evaluierung und Monitoring: Um die Transparenz nach einer Strom-Krisensituation zu gewährleisten, sollen die betroffenen Mitgliedstaaten eine ex-post-Evaluation der Krise und ihrer Auswirkungen durchführen (Art. 16)

Ersteinschätzung Oesterreichs Energie:

- Grundsätzlich positiv sieht Oesterreichs Energie, dass Maßnahmen zur Krisenbewältigung erst dann ergriffen werden dürfen, wenn alle marktbasierten Instrumente ausgeschöpft sind

Gremien bei Oesterreichs Energie

- AK Versorgungssicherheit, Großstörungen und Krisenszenarien

F. Erneuerbaren-Richtlinie

Verbindliches unionsweites Ziel für das Jahr 2030 (Art. 3)

Die Mitgliedstaaten müssen gemeinsam sicherstellen, dass der aus erneuerbaren Quellen stammende Anteil des EU-weiten Bruttoendenergieverbrauchs im Jahr 2030 zumindest 27 % beträgt. In Annex I wird den Mitgliedstaaten der Anteil erneuerbarer Energien vorgeschrieben, welcher ab dem Jahr 2021 nicht mehr unterschritten werden darf.

Finanzielle Unterstützung für Elektrizität aus erneuerbaren Quellen (Art. 4)

- Mitgliedstaaten können marktkompatible Fördersysteme einführen
- Förderung muss zum Ziel haben, die Erneuerbare in den Markt zu integrieren
- Schaffung von Anreizen für Stromerzeuger, die Nachfrage und mögliche Netzengpässe zu beachten
- Fördersysteme müssen offen, transparent, im freien Wettbewerb und nichtdiskriminierend gestaltet sein
- Mitgliedstaaten müssen alle vier Jahre die Effizienz ihrer Fördersysteme überprüfen

Öffnung von Fördersystemen für die Teilnahme von Anlagen, die sich in anderen Mitgliedstaaten befinden (Art. 5)

Es kommt zu einer graduellen und teilweisen Öffnung der Fördersysteme für grenzüberschreitende Beteiligung

Zulassungsverfahren (Art. 16)

- Mitgliedstaaten sollen bis 2021 „One-Stop-Shop“ für Zulassungsverfahren einrichten
- Zulassungsverfahren soll nicht länger als drei Jahre dauern
- Vereinfachte Zulassungsverfahren für kleine Projekte (Art. 17)

Verwaltungsverfahren, Vorschriften und Codes (Art. 15)

Es wird eine neue Berechnungsmethode (analog zur RL Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden) für das Mindestniveau an Energie aus erneuerbaren Quellen in neuen und renovierten Gebäuden festgelegt

Herkunftsnachweise für Elektrizität, Wärme und Kälte aus erneuerbaren Energiequellen (Art. 19)

Es werden einige systemische Änderungen vorgenommen.

- Erhält der Erzeuger eine Förderung, soll er keine Herkunftsnachweise erhalten. Diese sollen über Auktionierung in den Markt gebracht werden.
- Ausdehnung der Herkunftsgarantien auf erneuerbares Gas
- Anwendung von CEN-Standards

Zugang zu den Netzen und Betrieb der Netze. Priority Dispatch für kleine Anlagen und aufstrebende Technologien. Nichtdiskriminierende Beschränkungen. (Art. 20)

Hier sind die Vorschriften der VO zum Elektrizitätsbinnenmarkt (Art. 11 und 12) maßgeblich

Selbstverbraucher erneuerbarer Energie (Neuer Artikel 21)

Verbraucherrechte werden gestärkt, indem es ihnen ohne unverhältnismäßige Einschränkungen ermöglicht wird, produzierten Strom selbst zu verbrauchen und den in das Netz eingespeisten Strom vergütet zu bekommen.

Erneuerbare Energie-Gemeinschaften (Neuer Artikel 22)

Die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, erneuerbare Energie-Gemeinschaften zu stärken und ihnen den Zugang zum Markt zu ermöglichen. Bei der Gestaltung von Fördersystemen sind die Besonderheiten von Erneuerbaren Energie-Gemeinschaften zu berücksichtigen.

Einbeziehung erneuerbarer Energien in Heiz- und Kühlanlagen (Neuer Artikel 23)

Ziel ist es, das Potenzial erneuerbarer Energien im Heiz- und Kühlsektor zu nützen, einen kosteneffizienten Beitrag des Sektors zu den Zielen zu erreichen und gleichzeitig einen größeren Markt zu schaffen.

Fernwärme und -kühlung (Neuer Artikel 24)

- Zertifizierung von Systemen
- Mitgliedstaaten müssen es den Verbrauchern ermöglichen, Fernwärme bzw. –kältesysteme zu verlassen, die nicht den Effizienzkriterien des Art. 2 RL 2012/27/EU entsprechen, um Wärme bzw. Kälte aus erneuerbaren Quellen zu beziehen.
- Etablierung einer unabhängigen Behörde, die Implementierung monitort

Einbeziehung erneuerbarer Energien in den Transportsektor (Neuer Artikel 25)

Ab 2021 sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, dafür zu sorgen, dass Treibstofflieferanten einen Mindestanteil an emissionsarmen oder erneuerbaren Treibstoffen verwenden.

Nachhaltigkeit und Reduktion von Treibhausgasemissionen. Kriterien für Biotreibstoffe und flüssigen Biobrennstoff (Art. 26)

- Keine öffentliche Förderung für Biomasseverstromung außer für hocheffiziente KWK
- Auflisten von Nachhaltigkeitskriterien für Biokraftstoffe und flüssige Brennstoffe, jedoch nicht für Biomasse

Ersteinschätzung Oesterreichs Energie:

- Schritte der EK, RES in den Markt zu führen, gehen in die richtige Richtung
- Gleiche Bedingungen für Marktakteure bei Förderungen (Hinterfragen, was mit der Berücksichtigung von Besonderheiten von RES-Gemeinschaften gemeint ist)

Gremien bei Oesterreichs Energie

- AK Wind und Photovoltaik
- AK KWK
- EP Stromkennzeichnung
- AK Elektromobilität
- Ausschuss Regulierung

G. Energieeffizienz-Paket (Energieeffizienz- und Gebäuderichtlinie) Energieeffizienzrichtlinie

- Verbindliches EU-Ziel von 30 % (Art. 1), soll in Primär- oder Energieverbrauch ausgedrückt werden (Art. 3)
- Bis zum 28. Februar 2024 überprüft die EK die Zielerreichung und wird gegebenenfalls neue Legislativakte vorlegen (Art. 24)
- Zielhöhe: 1,5 % jährlich (Art. 7)
- „new savings“ – der bisherige Interpretationsspielraum für anrechenbare EEF-Maßnahmen wird damit eingeschränkt (Art. 7)
- Erneuerbare EEF-Maßnahmen im Gebäudebereich können anerkannt werden
- Primärenergiefaktoren
 - Absenkung des Default PEF für Strom von 2,5 auf 2,0 (Annex)

Ersteinschätzung Oesterreichs Energie:

- Kritisch zu sehen ist das von der EK vorgeschlagene 30%-Ziel, das von den Mitgliedstaaten bis zum Jahr 2030 zu erreichen ist
- Wesentlich aus Branchesicht ist, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Ziele auf kosteneffiziente Weise erreicht werden können
- Auf EU-Ebene sollten daher jedenfalls rein indikative Zielwerte vorgesehen werden
- Bei der Ausgestaltung der Regelungen zu Verpflichtungssystemen und der Umsetzung mittels strategischer Maßnahmen ist den Mitgliedstaaten ausreichende Flexibilität für die Umsetzung zu geben
- Beibehaltung der IEA Methode bei der Bewertung des Primärenergiefaktors

Gremien bei Oesterreichs Energie

- AK Endenergieeffizienz
- EK Elektromobilität

Rückfragehinweis

DI Susanne Püls-Schlesinger
Brahmsplatz 3, A-1040 Wien
Tel.: +43 1 50198 222
E-Mail: s.puels @oesterreichsenergie.at

Dr. Ralf Pastleitner
Rue de la Loi 221, 6. Stock, B-1040 Brüssel
+32 2 27887-35
r.pastleitner@oesterreichsenergie.at